



## **INHALT**

**4 BILD DES MONATS**

**6 INTERNATIONAL**

**8 BRD**

**10 JUGEND**

**12 BERLIN**

**14 HAMBURG**

**16 BREMEN**

**18 NORDRHEIN-WESTFALEN**

**20 BADEN-WÜRTTEMBERG**

**22 KULTUR**

**TAG DER INHAFTIERTEN-  
VERSCHWUNDENGELASSENEN IN  
OAXACA-STADT, MEXIKO**

**CHINA UND DIE USA, STREIT UM TAIWAN?**

**TRUECRIME AUS HAMBURG:  
CUM-EX UND DER PATE VON DER ELBE  
GEGEN DAS ALTE, FÜR DAS NEUE:  
REBELLION!**

**WOHNGELD – UNTERSTÜTZUNG  
DIE NICHT ANKOMMEN SOLL**

**HAMBURGS MIETEN STEIGEN WEITER –  
WIE DIE INFLATION DEN MIETSPIEGEL  
IN DIE HÖHE TREIBT**

**BREMEN „IMPORTIERT“  
MEXIKANISCHE PFLEGEKRÄFTE**

**DREI TOTE IN FÜNF TAGEN:  
DIE POLIZEI IN NRW**

**EXTREM GESTIEGENE GASPREISE**

**HYMNE DER LCP**

## **KONTAKT**

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für  
Abos schreibt uns eine Mail an  
[rotepost@gmx.de](mailto:rotepost@gmx.de)

## **V. I. S. D. P.**

Franziska Vogler  
Blodigstr. 15  
80933 München

## **EIGENTUMSVORBEHALT**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

der Krieg in der Ukraine tobt weiter. Die Inflation steigt weiter. Die Preise steigen weiter. Das scheint die neue normale Situation zu sein. Doch schon eröffnen sich neue Fronten, an denen die Imperialisten mit mehr Krieg und Elend drohen. Die seit dem Ende des zweiten Weltkriegs bestehende Ordnung wird mehr und mehr in Frage gestellt. Eine Krise folgt auf die nächste, auch wenn mit dem Wort Krise inzwischen so inflationär umgegangen wird, dass es fast an Bedeutung verliert. Doch macht dies eine Sache deutlich: der Imperialismus befindet sich am Abgrund und es geht nur weiter bergab für das herrschende System. Das Säbelrasseln der Imperialisten im Pazifik, die Manöver des chinesischen Imperialismus um Taiwan herum sind Positionierung für und Vorbereitung auf weitere kommende Kriege. Denn Imperialismus bedeutet Krieg. In dieser Ausgabe werfen wir darum einen Blick auf die Geschichte Taiwans und die Geschehnisse im Pazifik.

Die Bundesregierung und insbesondere ihre vordersten Vertreter wirken in der andauernden Wirtschaftskrise zunehmend ratlos und demaskieren immer und immer wieder ihren zutiefst reaktionären Charakter. Die Aussagen des Vizekanzlers und Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck über die anstehende Insolvenzwelle und die Probleme der Bäcker sind stellvertretend dafür. Immer wieder haben wir in der Roten Post behandelt, wie die Maßnahmen der Bundesregierung seit Beginn der sogenannten Corona-Krise die große Pleitewelle nur weiter nach hinten verschieben und sie damit gleichzeitig noch weiter vergrößern werden. Genau von diesem Effekt wird die jetzige Bundesregierung nun langsam eingeholt. Die Maxime „zurück zur schwarzen Null“, also die Einhaltung der Schuldenbremse, die jetzt vom Bundesfinanzminister Lindner und seiner Partei in der Ampelkoalition aufgestellt wird, macht es notwendig für die Bundesregierung, mehr und mehr Krisenlasten auf die Arbeiterklasse und das Volk abzuwälzen. Wie zynisch sie dabei ist, hat Habeck wunderbar illustriert. Wie die Krise weiter auf unsere Schultern abgeladen wird, zeigen auch die Artikel aus Hamburg und Berlin. Dass die herrschende Klasse sich auf die Gewalt stützt für ihre Herrschaft, sehen wir an den drei Menschen, die in NRW in wenigen Tagen hintereinander durch die Polizei ermordet wurden, dazu gibt es einen entsprechenden Artikel in dieser Ausgabe.

Nicht zu vergessen ist allerdings, dass der gleiche Bundeskanzler und seines Zeichens nach Pate von der Elbe, Olaf Scholz, der jetzt die schwarze Null zurückbringen soll, erst vor wenigen Jahren einigen reichen Bankern aus Hamburg Millionen von Steuergeldern schenken wollte, die sie sich durch verurteilte kriminelle Methoden ergaunert hatten. Da es neue Erkenntnisse über diese Vorgänge um die sogenannten Cum/Ex-Geschäfte gibt, werfen wir diese Ausgabe noch einmal einen Blick darauf.



*Olaf Scholz, der Pate von der Elbe*

In dieser Ausgabe fällt als eine Ausnahme einmal die Kategorie „Frauen“ weg, stattdessen widmen wir uns in einem Artikel den Sorgen der Jugend und ihrer revolutionären Rolle. Der Artikel aus Bremen wurde bereits vorab auf der Internetseite [demvolkedienern.org](http://demvolkedienern.org) veröffentlicht und wurde im Rahmen des internationalen Aktionstages der Inhaftierten-Verschwindenen am 30. August verbreitet. Der Artikel zeigt, wie der Kampf der Arbeiterklasse in den unterdrückten Nationen mit unserem Kampf hier verbunden ist und wie die BRD als imperialistische Land als Parasit von den unterdrückten Nationen lebt. Diese Kämpfe gilt es weiter zu verbinden und zu führen, als eine Klasse weltweit.



Am 30. August, dem Internationalen Tag der Inhaftierten-Verschwindenen, gingen in unterschiedlichen Orten Mexikos unzählige Menschen auf die Straße, um die lebendige Präsentation von über 100.000 Menschen, die der alte mexikanische Staat hat verschwinden lassen, zu fordern. In Oaxaca-Stadt organisierte die Volksströmung Rote Sonne eine große Demonstration, die unter anderem die lebendige Präsentation vom revolutionären Intellektuellen, Aktivisten und Verteidiger der Rechte des Volkes, Dr. Ernesto Sernas García, der seit über vier Jahren verschwunden ist, mit den Parolen „Wahrheit und Gerechtigkeit“ und „Wir wollen ihn lebend!“ (auf dem Transparent) forderte.

*Quelle: [solrojista.blogspot.de](http://solrojista.blogspot.de)*



USTILLA

representación Con Uida  
QUEREMOS!

## CHINA UND DIE USA, STREIT UM TAIWAN?

**A**ls am 2. August die Sprecherin des US-Präsidentenhauses, Nancy Pelosi, Taiwan besuchte, ließ die Reaktion nicht lange auf sich warten: China verurteilte umgehend den Besuch und führte sechs Tage lang das bisher größte Militärmanöver, inklusive ballistischer Raketen, in der Straße von Taiwan durch. Taiwan reagierte ebenfalls mit eigenen Manövern. Ein guter Anlass, sich einmal näher mit dem Konflikt um Taiwan auseinanderzusetzen. Doch was sind die Hintergründe des Säbelrasselns, das wie das Vorspiel zu einem neuen Krieg wirkt?

### WARUM DER STREIT UM TAIWAN?

Taiwan nennt sich heute offiziell Republik China und liegt auf der Insel Formosa im Pazifik ca. 100 Meilen vor der Westküste Chinas. Taiwan war erstmals im 17. Jahrhundert, damals im chinesischen Kaiserreich, Teil von China, dann ab 1895 nach dem chinesisch-japanischen Krieg unter der Kontrolle Japans und dann ab 1945 mit dem Ende des zweiten Weltkriegs und der japanischen Besatzung wieder Teil von China. Das heutige Taiwan entstand 1949, als die geschlagenen Nationalisten, die Kuomintang, unter der Führung des Völkermörders und Lakai der Imperialisten Tschiang Kai-schek aus Festland-China flohen, um den Kommunisten zu entgehen. Die Kommunistische Partei Chinas hatte im langandauernden Befreiungskrieg gegen Japan und im Bürgerkrieg in China den Sieg errungen. Wenn Taiwan jetzt in den Medien als „super-demokratisches“ Land dargestellt wird, dann vergessen viele, dass Tschiang Kai-schek hier bis in die 1980er Jahre mit der Kuomintang die allein herrschende Partei war. Also eine faschistische Diktatur, in der jede fortschrittliche Opposition unterdrückt wurde. Der US-Imperialismus hatte die Kuomintang im Kampf gegen die Kommunisten schon seit den 20er Jahren unterstützt, sowohl mit Waffen, aber auch mit Geheimdienstinformationen. Da war es nicht verwunderlich, dass sie nach der Niederlage der Kuomintang diese auch weiterhin förderten, um sich ökonomischen, aber vor allem militärischen Einfluss in unmittelbarer Nähe zu China zu sichern. Taiwan ist im Wesentlichen ein Lakai des US-Imperialismus und dient dessen strategischen Interessen im Pazifik. Das bedeutet vor allem, die Vormachtstellung der

USA abzusichern. Die USA betrachten Taiwan als Teil der sogenannten „first island chain“, einer Linie von „Verbündeten“ Inselstaaten der USA, von Japan bis zu den Philippinen. Klar, dass die Supermacht Nummer 1 keinerlei Interesse daran hat, dass China sich mit Taiwan, die sie als abtrünnige Provinz betrachten, „wiedervereinigt“. Dies würde es China ermöglichen, genau wie die anderen Versuche, den eigenen Seeraum zu erweitern, näher an die US-Küste bzw. an die Militärstützpunkte der USA im Pazifik, Guam und Hawaii, heranzukommen. Xi Jinping legte bei der Militärparade zum 100. Jahrestag der Kommunistischen Partei Chinas den Plan vor, dass man bis 2049 mit Taiwan wiedervereint sei, notfalls mit Gewalt. Dabei ist klar, dass alle Aktivitäten, die China im Moment im Pazifik entfaltet, nur Vorbereitungen dafür sind, die Vormachtstellung der USA brechen zu können. Auch wenn Chinas Macht viel beschworen wird, vor allem in westlichen Medien, ist China keine Supermacht. Zurzeit gibt es nur eine hegemoniale Supermacht auf der Erde, und das ist der US-Imperialismus.

### WETTRÜSTEN UND COMPUTERCHIPS

Taiwan hat für die weltweite Wirtschaft eine besondere Bedeutung. Im Moment ist Taiwan der größte Produzent von Halbleitern weltweit, die Mikrochips werden für alle modernen elektronischen Geräte benötigt; vom Smartphone über Fernseher bis hin zu Autos. Im ersten Halbjahr 2022 produzierte die „Taiwan Semiconductor Manufacturing Company“ 54 Prozent der Chips weltweit. Im technologischen Bereich kommt es immer wieder zu Spannungen zwischen den USA und China, da der US-Imperialismus vermehrt versucht, die eigenen Produktionskapazitäten zu steigern, um die Abhängigkeit und die Stellung Chinas in diesem Bereich zu brechen. In den letzten Jahren gab es eine stetig steigende Eskalation im wirtschaftlichen Bereich, sei es durch Handelsblockaden, Strafzölle oder ähnliches, vor allem von Seiten der USA. Auch der neue „CHIPS and Science Act“, mit dem die US-Regierung den Aufbau einer eigenen Halbleiterproduktion mit 52 Milliarden US-Dollar fördern will, und von dem laut eigener Aussage auch die Wirtschaft von Taiwan profitieren soll, ist in diesem Zusammenhang zu sehen.

Vergleicht man die Militärausgaben von China und den USA, so fällt der geschätzte Militäretat Chinas mit 293 Milliarden US-Dollar im Vergleich mit den 801 Milliarden, die der US-Imperialismus jährlich für sein Militär ausgibt, eher klein aus. Trotzdem nimmt China damit Platz 2 im weltweiten Vergleich ein, und hat einen Militäretat, der sogar viermal so groß ist wie der von Russland mit 65,9 Milliarden. Besonders wichtig in den Kriegen des 21. Jahrhunderts ist die Lufthoheit, wie man aktuell auch in der Ukraine sehen kann. Deshalb spielen Flugzeugträger eine besondere Rolle. China besitzt nur zwei Flugzeugträger, der dritte befindet sich im Bau. Dagegen besitzt die USA elf Flugzeugträger. Der chinesische Sozialimperialismus ist im Moment noch nicht in der Lage, die USA in einem direkten Konflikt militärisch zu besiegen, auch wenn er alles daran setzt, diesen Unterschied auszugleichen.

### „WEST“ GEGEN „OST“?

Zwischen den unterschiedlichen Mächten gibt es kein ewig feststehendes Kräfteverhältnis, da sich alles auf der Welt verändert, und so ist auch die Entwicklung der einzelnen Mächte wirtschaftlich, politisch und militärisch ungleich. So ist jedes imperialistische Bündnis, egal in welcher Form, sogar in einer relativ festen wie der EU, nur vorübergehend. Ändert sich das Kräfteverhältnis, so zerfallen auch die Bündnisse der Imperialisten, da jeder von ihnen an die Spitze will. In den „friedlichen“ Zeiten werden die Kriege von morgen vorbereitet. Im Moment gibt es auf der Welt nur eine hegemoniale Supermacht, und das sind die USA, denen kein anderes Land, sowohl politisch, wirtschaftlich als auch militärisch das Wasser reichen kann. Auch wenn der russische Imperialismus über das militärische und vor allem atomare Erbe der sozialimperialistischen Sowjetunion verfügt. Deshalb ist es falsch, von einem „NATO-Block“ oder einem „Russland-China-Block“ zu sprechen. Dabei muss eins klar sein: Um die USA als Weltherrscher abzulösen, braucht es in der Tat einen dritten Weltkrieg, denn die Vormachtstellung des US-Imperialismus, als Ergebnis des 2. Weltkriegs,

sorgt dafür, dass die Welt bereits aufgeteilt ist. Eine Neuaufteilung der Welt durch die anderen imperialistischen Mächte geht nur durch den Krieg, da die Machtposition der USA erst gebrochen werden muss. Sie versuchen uns Angst zu machen mit ihrem Gerede vom dritten Weltkrieg, durch den nur noch mehr Leid und Tod entstehen würde, als es sowie so schon auf der Welt gibt. Das aber werden sich die Völker der Welt nicht gefallen lassen. Deshalb muss unsere Perspektive die Revolution sein. Denn nur wenn der Imperialismus zerschlagen wird, gibt es ein Ende dieser permanenten Kriege für nichts als Profit und Macht. Die Geschichte hat gezeigt, dass alle großen Reiche zerfallen, inzwischen ist auch das einst so mächtige „British Empire“ nur noch ein Schatten seiner selbst.

Egal welche imperialistische Macht, seien es die USA, Russland, China, Deutschland oder ein beliebiges anderes imperialistisches Land, sie streiten immer um Macht, Einfluss und Profit. Die unterdrückten Nationen sind die Beute in ihrem Spiel um die Welt. Überall säen sie Krieg und Zerstörung, und tragen ihre Konflikte auf dem Rücken der Völker und der Arbeiter aus, alles im Interesse einiger weniger. Da helfen auch ihre Lügengeschichten über „Demokratie“ hier und „Autokratie“ da, nicht viel. Aber wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand, und immer mehr Menschen, überall auf der Welt, lassen sich dieses verfaulende System nicht länger gefallen. •



Taiwan inmitten der „First Island Chain“

## TRUECRIME AUS HAMBURG: CUM-EX UND DER PATE VON DER ELBE

**E**s gibt neue Indizien, die zeigen, dass der Gangster-Kanzler Olaf Scholz in den Cum-Ex-Skandal verwickelt ist. Der bestreitet zwar weiterhin die Einflussnahme auf den Steuererlass für die Warburg-Bank, Deutschlands größte Privatbank, in seiner Zeit als Hamburger Bürgermeister, verheddert sich dabei aber zunehmend in Widersprüche.

Aber was ist überhaupt passiert: Die ganze Cum-Ex-Geschichte kam erstmals im Jahr 2016 durch eine Dokumentation in der ARD in die Öffentlichkeit, 2018 wurden die „Cum-Ex-Files“ veröffentlicht, die durch das Recherchekollektiv „Correctiv“ von 19 europäischen Medien recherchiert wurden. Diese wiesen nach, dass eine Bande von Bankern und Anwälten über Jahre Steuergelder von elf europäischen Ländern plünderten; insgesamt geht es um mindestens 55,2 Milliarden Euro. Das funktionierte, indem eine Gesetzeslücke im Steuerrecht ausgenutzt wurde: Beim Aktienhandel konnten die Akteure, indem sie am oder kurz vor dem Dividendenstichtag – dem Tag, an dem entschieden wird, welche Aktieninhaber Anspruch auf den Erhalt der Dividende haben – in hohem Tempo Aktien handelten und dabei zwei oder mehr Erstattungen für Kapitalertragssteuern fordern, die in Wirklichkeit aber nur einmal an den Staat abgeführt worden waren. Der Staat erstattete also doppelt so viele Steuern oder mehr, wie er vorher eingenommen hatte. Letztes Jahr entschied der Bundesgerichtshof, dass solche Machenschaften immer schon strafbare Handlungen der Steuerhinterziehung waren und sind. An diesem groß angelegten Steuerbetrug beteiligten sich alle großen Banken, wie zum Beispiel die HypoVereinsbank, Deutsche Bank, HSH Nordbank, Citi Deutschland und weitere, das Ganze wurde mit Hilfe von Gutachten großer Anwaltskanzleien abgesichert. Seit 2013 ermittelt die Staatsanwaltschaft Köln zu den umstrittenen Geschäften, die nur durch die jahrelange Untätigkeit der Gerichte und insbesondere des Finanzministeriums überhaupt möglich waren. So wusste das Bundesfinanzministerium seit spätestens 2002 von diesen illegalen Geschäften, blieb aber untätig.

Auch die Hamburger Warburg-Bank beteiligte sich fleißig an dem Raubzug, und erbeutete mindestens 170 Millionen Euro. An dieser Stelle kommt dann auch Pate Olaf ins Spiel, dem vorgeworfen wird, für den Verzicht auf eine millionenschwere Steuerrechnung für die Bank verantwortlich zu sein. Immer wieder kommen neue

Details ans Licht, und auch wenn Scholz zum jetzigen Zeitpunkt weder angeklagt noch verurteilt ist, so klebt dieser Skandal, um den bürgerlichen Enthüllungsjournalisten Oliver Schröm einmal zu zitieren, „(...) wie ein Kaugummi an seiner Schuhsohle.“

Die Staatsanwaltschaft Köln, die die Ermittlungen führt, verbrachte die letzten Monate damit, die E-Mails aus seiner Zeit als Bürgermeister auszuwerten, zwar fanden sie in den Kalendern viele Termine mit Cum-Ex-Bezug, allerdings kaum eine E-Mail zum Thema. Dies deutete „auf eine gezielte Löschung zu den Themen Cum/Ex und M.M. Warburg hin.“ Scholz dementierte immer wieder, dass es Treffen zwischen ihm, Peter Tschentscher und Kahrs gegeben hatte; in einer E-Mail schickte Büroleiterin Schwamberger eine Liste, auf der kein einziger Termin mit den drei Parteikollegen auftauchte. Dazu schrieb sie allerdings, es sei „mit Olaf zu diskutieren, wie wir die Termine mit Kahrs, Pawelczyk und Tschentscher einsortieren“. Auch schrieb die für den Warburg-Fall zuständige Hamburger Finanzbeamtin eine WhatsApp-Nachricht an eine Kollegin. „Mein teuflischer Plan ist aufgegangen“ hieß es darin. „Also verjähren lassen?“, antwortete die Kollegin – und erhielt die Bestätigung: „Ja, wenn nicht noch etwas kommt“. All das nur Stunden, nachdem die Entscheidung der Finanzverwaltung gefallen war, auf die 47 Millionen Euro Steuergeld zu verzichten. Die Verbrecher, die sich durch Steuerbetrug um zig Millionen bereichern, werden geschützt dadurch, dass die strafrechtliche Verjährung greift, d.h. ab wann der Staat das Geld aus den Cum-Ex-Geschäften einfach nicht mehr zurückfordern kann. Eigentlich sollte die 2020 unwirksam gemacht werden, für Cum-Ex-Geschäfte wurde aber vom damaligen Finanzministerium der BRD eine Sonderklausel eingeführt. Finanzminister damals: Olaf Scholz.

Am 19. August musste Olaf erneut vor dem Hamburger Untersuchungsausschuss aussagen, und hatte wie in der Befragung zuvor merkwürdige Erinnerungslücken. Dass vorher, in der gleichen Woche, die Staatsanwaltschaft Hamburg verkündete, es gebe keinen Grund, ein Ermittlungsverfahren gegen Scholz zu eröffnen, spricht für sich. Klar ist: Mindestens zwischen 2007 und 2011 hat die Warburg Bank im großen Stil Cum-Ex-Geschäfte getätigt, laut der Staatsanwaltschaft Köln geht es um ca. 300 Millionen Euro, und immer mehr Verbindungen zwischen Scholz, der Hamburger SPD

und der Privatbank kommen ans Licht. Letztes Jahr wurde ein ehemaliger Warburg-Manager wegen Steuerhinterziehung zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt und war damit der erste Banker, der wegen des Skandals ins Gefängnis musste. Paul Mora, ein neuseeländischer Staatsbürger, der ab 2008 für Warburg für die Konstruktion von Cum-Ex-Geschäften zuständig war, steht seit seiner Verurteilung auf der Interpol-Liste der meistgesuchten Verbrecher. Der ehemalige Chef der Bank, Christian Olearius, wurde letzten Monat wegen schwerer Steuerhinterziehung angeklagt, streitet die Vorwürfe aber ab. Gute Gesellschaft also, in der der aktuelle Kanzler sich da befindet.

## DER PATE, DER BANKIER UND DAS TAGEBUCH

Scholz, der seit Dezember letzten Jahres an der Spitze der deutschen Regierung steht, wird im beschlagnahmten Tagebuch des Warburg-Chefs erwähnt. Demnach traf sich Olearius 2016 innerhalb von zwei Wochen zweimal mit dem damaligen Hamburger Bürgermeister, während die Bank bereits von den Finanzbehörden untersucht wurde. Kurz nach dem Treffen wurde der Bank von den Hamburger Behörden mitgeteilt, dass sie die Steuernachzahlung in Höhe von 47 Millionen Euro nicht bezahlen müsse – eine Entscheidung, die ein Jahr später vom Bundesfinanzministerium in Berlin teilweise widerrufen wurde. Im vergangenen Jahr musste Pate Olaf aber bereits vor einem Untersuchungsausschuss aussagen, und behauptete dort, er könne sich nicht an den Inhalt des Gesprächs erinnern. Den Regeln der ‚Omerta‘ folgend, sagt man eben besser nicht aus. In Olearius Tagebüchern ist jedoch auch vermerkt, dass Scholz ihn zwei Wochen später auf seinem Handy anrief und ihn bat, seine juristische Begründung, warum seine Bank die Steuerrückzahlungen nicht leisten müsse, an den damaligen Finanzsenator Peter Tschentscher zu schicken. Tschentscher wiederum leitete das Dokument an den zuständigen Sachbearbeiter weiter, nachdem er die Verteidigung der Bank vermerken ließ. Die Behörden übernahmen daraufhin die Argumentation der Bank. Scholz hatte es geschafft, den Bankier zu retten. Und zwar, ohne seine direkten Fingerabdrücke auf dem Hinterzimmergeschäft zu hinterlassen. Da keine eindeutigen Beweise für ein kriminelles Verhalten vorlagen, schadeten diese Vorwürfe dem Aufstieg des Paten nicht, und er wurde Kanzler. Und zwar auch, weil die SPD den Skandal um Scholz bereits frühzeitig an sich vorüber ziehen ließ, und bei der letzten Bundestagswahl als erste der Parteien den Kanzlerkandidaten aufstellte. So war die ganze Geschichte zum Ende des

Wahlkampfs keine neue Sache, und Scholz erschien vielen dann doch irgendwie besser als Armin „Pennywise“ Laschet.

## DIE SPENDEN DES BANKIERS UND DAS MYSTERIÖSE SCHLIESSFACH

Dann gerät ein gewisser Johannes Kahrs ins Licht der Ermittlungen, ein ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter aus Hamburg und einflussreicher Akteur innerhalb der SPD, der 2020 überraschend von allen seinen politischen Ämtern zurücktrat. Zufall? In Olearius Tagebüchern wird nicht nur behauptet, dass Kahrs das Treffen zwischen dem Bankier und dem damaligen Bürgermeister arrangiert hat, sondern auch, dass er den Warburg-Chef ein Jahr später um Spenden für seine Partei gebeten hat. Olearius nahestehende Unternehmen spendeten 2017 zweimal 45.500 Euro an den SPD-Landesverband Hamburg-Mitte. Auch fanden Ermittler bei der Durchsuchung des Anwesens von Kahrs im September 2021 214.800 Euro und 2.400 Dollar in bar in einem Bankschließfach auf seinem Namen. Die Bankiers bestreiten, dass das Geld von ihnen kam, und Kahrs hat es abgelehnt, öffentlich Stellung zu nehmen.

Untersuchungsausschüsse, beschlagnahmte Post-, und mysteriöse Schließfächer: Je länger die Ermittlungen andauern und je mehr Indizien ans Tageslicht kommen, desto schwieriger wird es für ‚Gangster-Scholz‘, die Fäden in der Hand zu behalten. Das ganze scheint noch zynischer vor dem Hintergrund der von der Ampel-Koalition gemachten Politik. Jetzt soll also die „Schwarze Null“ wieder stehen, die Bundesrepublik will keine Schulden mehr machen. Aber wer zahlt dafür am Ende? Dafür unter anderem gibt es doch Steuern. Aber wenn Verbrecher wie der Bundeskanzler, die sich selbst auf mafiose Weise bereichern und kriminelle Geschäfte schützen, während die Armut und das Elend zunehmen und die Menschen sich Gedanken machen, ob sie im Winter frieren müssen, der Meinung sind, dass 47 Millionen Euro Steuern einfach den Staatskassen entgehen sollen, dann kann das Volk noch lange für die schwarze Null einzahlen! Wer weiß schon, wie viel Olaf davon in die Staatskassen, und wie viel in die Taschen von irgendwelchen reichen Schweinen stecken lässt. Selbst bürgerliche Journalisten, die sich mit dem Thema beschäftigen, sprechen davon, dass offensichtlich ein politischer Wille besteht, dass diese Geschäfte weiter laufen. Die Arbeiter müssen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, und der Regierung des Kanzlers die Rechnung ausstellen. •

## GEGEN DAS ALTE, FÜR DAS NEUE: REBELLION!

Die bürgerliche Zeitung „Die Zeit“ titelte Ende August „Mehr als zwei Drittel der Jugendlichen misstrauen den Medien“. Ein Alarmsignal für die Herrschenden in diesem Land. Denn laut einer Studie der Universität Bielefeld haben 75,8 Prozent der Jugendlichen in der BRD kein Vertrauen in Zeitungen und 71,6 Prozent keines in Journalisten. Ein Alarmsignal, denn es bedeutet, dass ein großer Teil des Propagandaapparats der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, in diesem Land bei den Jugendlichen auf taube Ohren stößt. „Die Zeitungen“ und „die Journalisten“ sind ohne Zweifel die bürgerlichen Medien, die nichts anderes als das Sprachrohr der Bourgeoisie sind. Dass es die Bourgeoisie ist, die sich für diese Fragen interessiert, zeigt sich daran, dass der Auftraggeber der Studie die Bepanthen-Kinderförderung ist, diese wiederum gehört zum Konzern Bayer, einem der größten Monopole der deutschen Bourgeoisie. Dieser Konzern ist es, der sich für eine Studie unter Kindern zwischen sechs und elf Jahren und Jugendlichen bis 16 Jahren interessierte.

In vielen Zahlen wird ein pechschwarzes Bild von der heranwachsenden Generation gemalt. Misstrauen in Medien und die Nachrichten, die sie verbreiten, Misstrauen in die Bundesregierung, Misstrauen in die Vereinten Nationen (knapp 50 Prozent für die beiden letzten). Und dann kommt der Studienleiter zu Wort:

*„Studienleiter Holger Ziegler bewertete diese Ergebnisse als alarmierend. Eine gesunde Skepsis‘ sei sinnvoll und*

*nützlich. Wenn aber nicht nur der Wahrheitsgehalt einer Information infrage gestellt werde, sondern absichtliche Falschinformationen und Manipulation vermutet würden, dann bewegen wir uns in einem gefährlichen Bereich von Verschwörungsglauben‘, sagte der Wissenschaftler.“*

Kaum glaubt die Jugend der Propaganda der Herrschenden nicht mehr, schon holen diese die Verschwörungstheorie-Keule raus. So wie jeder, der nicht der Meinung der Herrschenden folgt, wird die Jugend zum potenziellen Feind erklärt, wie es der deutsche Staat mit der Kategorie der „Delegitimierer des Staates“ seines Verfassungsschutzes inzwischen tut. Was will die herrschende Bourgeoisie machen? Jeden Jugendlichen, der nicht der Bundesregierung traut – also etwa die Hälfte – vom Verfassungsschutz beobachten lassen? Jeden, der etwas unerwünschtes oder kritisches bei Facebook oder Instagram postet oder auf YouTube oder TikTok likt, einsperren oder in Umerziehungskurse stecken, in denen man „Vertrauen“ eingepflegt bekommt? Das Misstrauen der Herrschenden in die Jugend ist offenbar und wie immer halten sie die Jugend für dumm und naiv. Doch in keinem Fall ist sie dumm, wenn sie nicht den bürgerlichen Medien glaubt, es ist eine instinktive Orientierung im Klassenkampf, in Zeiten, in denen sich die Vertreter der Bourgeoisie mehr und mehr selber demaskieren. Aus revolutionärer Sicht sind die Ergebnisse der bürgerlichen Studie ein großartige Sache, am wenigsten im alten Denken feststeckend hat die Jugend einen Drang zur Revolution und das sind nicht düstere, sondern glänzende Aussichten!

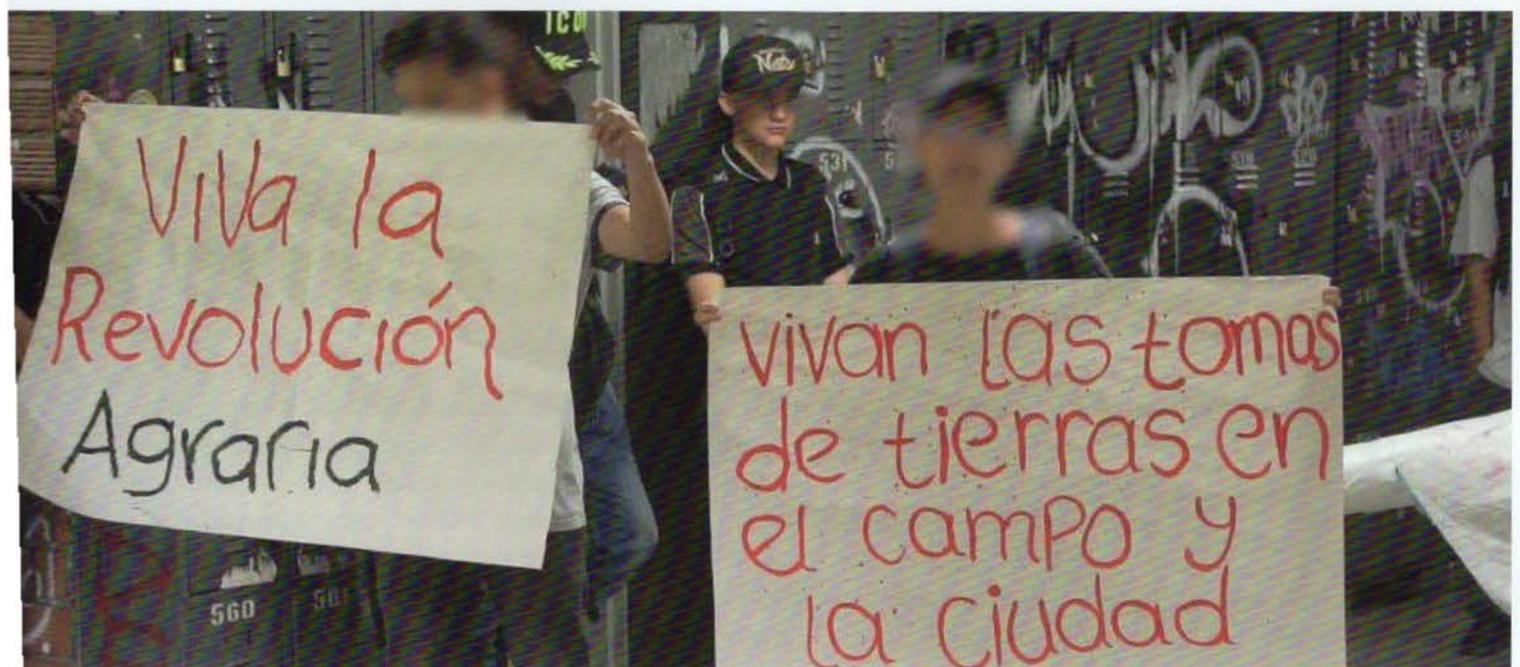


Jugendliche in Eindhoven, Niederlande, rebellieren Gegen die Ausgangsperre im Januar 2021

Das Potenzial der Jugend für die Revolution in diesem Land ist unendlich groß und muss entfesselt werden. Das ist es, wovor die Bourgeoisie Angst hat. Darum versucht sie, den revolutionären Geist der Jugend in einem endlosen Schwall von Individualismus zu ertränken. Facebook, Instagram, TikTok, überall soll man sich selber präsentieren, soll sich wohlfühlen in seiner eigenen „Bubble“ und den ganzen Tag nur belangloses Zeug oder andere Propaganda der Herrschenden konsumieren. Doch vor der Realität kann man nicht ewig davonlaufen, Ausbeutung und Unterdrückung sind allgegenwärtig und in den (a) sozialen Medien sehen wir jeden Tag noch mehr davon. Auch am eigenen Leib spüren wir es jeden Tag. Fast ein Drittel der Jugendlichen in der BRD arbeitet in Leiharbeit, befristet oder geringfügig beschäftigt oder in Teilzeit. Wer eine Ausbildung macht, muss über Jahre hinweg von einem schlechten Lohn leben, aber oftmals die gleiche Arbeit machen wie voll ausgebildete Kollegen. Wer studiert, bekommt immer seltener Bafög, das immer seltener reicht. Während überall die Preise steigen. Kein Wunder also, dass nur 38 Prozent der Jugendlichen finanziell unabhängig von Eltern oder anderen Angehörigen sind (vgl. zeit.de, „*Mehrheit junger Menschen finanziell von Angehörigen abhängig*“). Kein Wunder, dass nur 19 Prozent der Jugendlichen die Zukunft dieser Gesellschaft positiv sehen. DIESE Gesellschaft, in der wir gerade leben – der Imperialismus – ist ein sterbendes und kaputtes System, das nur noch darum kämpft, sich selber zu erhalten, und dabei mit jedem Tag nur noch mehr Widerlichkeiten wie Hunger, Armut, Raubkriege, erzeugt. Die herrschende Klasse bringt dafür keine Lösungen, denn es ist ihr

System, sie repräsentiert das Alte. Die Jugend hingegen repräsentiert das Neue, den Drang zum Neuen, die Rebellion gegen das Alte.

Was vielen Jugendlichen fehlt, ist eine Perspektive, die Perspektive auf eine neue Gesellschaft, diese Perspektive kann nur in durch die Revolution erkämpft werden. Diese neue Gesellschaft ist der Sozialismus, über den die herrschende Klasse mit brennendem Hass alle möglichen Lügen verbreitet. Doch wenn niemand mehr den Lügen der Schreiberlinge des Systems in ihren Zeitungen glaubt, dann fällt dieses Lügengebäude in sich zusammen. Die Jugend hat kann nur im Kampf für den Sozialismus und letztendlich den Kommunismus ihren Beitrag machen, eine neue Welt zu erstreiten und damit die Sorgen von heute, alles Alte und alle seine Vertreter über Bord werfen. Dafür reicht es nicht, für ein paar Fotos zu posieren, die eigene Person in allem in den Vordergrund zu stellen und nur auf sich selber zu vertrauen. Wir müssen auf die Revolution, die Arbeiterklasse und das Volk vertrauen. Nur wenn die Jugend sich mit der Arbeiterklasse und allen Unterdrückten verbindet, nur wenn die Jugend sich dem Kampf für das Neue von ganzem Herzen anschließt und die sich das Motto „Dem Volke dienen!“ zu eigen macht, können wir unsere Energie richtig einsetzen und eine neue Gesellschaft erkämpfen. Und wir wissen, dass diese neue Gesellschaft kommen wird, wenn die Jugend mehr und mehr rebelliert gegen alles, was das Alte repräsentiert; dann werden wir in der Lage sein, Hunger, Armut und Krieg früher als später für immer von der Erde zu verbannen. •



Jugendliche in Medellín, Kolumbien, führen Protest gegen die Unterdrückung von kämpfenden armen Bauern und Indigenen durch.

## WOHNGELD – UNTERSTÜTZUNG DIE NICHT ANKOMMEN SOLL



*Wohnen in Berlin: Miete geht hoch, Unterstützung bleibt aus*

**A**m 31. August stellten Mafia-Kanzler Scholz, Schnell-Dusch-Minister Habeck und Lindner die Ergebnisse der zweiten Klausurtagung vor. Die Regierung hat – ironischerweise in einem prunkvollen Barockschloss in Brandenburg – unter anderem darüber entschieden, wie sie die Bürger und natürlich auch die Unternehmen angesichts der noch weiter in die Höhe schnellenden Energiepreise „entlasten“ wollen. Es soll ein drittes „Entlastungspaket“ auf den Weg gebracht werden und dafür wurden wohl auch schon einige Punkte ausgearbeitet. Laut *ntv* gehört da unter anderem folgender dazu: Das Wohngeld soll um eine Heizkomponente ergänzt und somit erhöht werden. Ziel dieser Maßnahme soll es sein, „Geringverdiener“ zu unterstützen. Ein Grund, sich das Wohngeld, hier im Bezug auf Berlin, genauer anzusehen.

Im Allgemeinen ist das Wohngeld eine Zuschusszahlung vom Staat, die ermöglichen soll, zu „erschwinglichen Kosten“ in einem „angemessenen Wohnraum“ leben zu können. Wie die Höhe des Zuschusses berechnet wird, ist kompliziert, aber

im Wesentlichen hängt sie vom Einkommen, der Höhe der Miete und der Anzahl der im Haushalt lebenden Personen und deren Einkommen ab. Die monatliche Miete wird nur bis zu einem Höchstbetrag berücksichtigt. Ist die Miete also überdurchschnittlich hoch, bedeutet das nicht automatisch, dass der Zuschuss proportional dazu ausfällt. Dieser Höchstbetrag richtet sich zum einen nach den berücksichtigten Haushaltsmitgliedern (beispielsweise sind Empfänger von Transferleistungen wie Hartz IV oder Grundsicherung, aber auch Studenten und Azubis, die eine andere Art von Unterstützung bekommen, nicht berechtigt, Wohngeld zu erhalten), und nach einer sogenannten Mietstufe.

In Berlin ergibt sich hier auch schon die erste Ungeheimtheit: Die Mietstufe soll für die Miethöhe in der Region Orientierung geben und geht von der Mietstufe I („günstige Miete“) zur Mietstufe VII („teure Miete“). Um eine „Gleichberechtigung“ zu schaffen, wird in den höheren Mietstufen auch eine höhere Summe ausgezahlt. In ganz Berlin gilt die Mietstufe IV. Jeder, der sich hier schon

mal auf die Suche nach einer Wohnung gemacht hat, kennt die unverschämte hohen Mietpreise innerhalb und in unmittelbarer Nähe des Rings und im Gegensatz dazu die (immer noch viel zu teuren) Mieten in den Randbezirken. Auch ohne konkrete Zahlen zu vergleichen, wird klar, welches Verständnis von „Gleichberechtigung“ hier gilt: Die Arbeiter sollen trotzdem nicht die Chance bekommen, im Stadtzentrum zu leben, und der „angemessene Wohnraum“ ist dort, wo die Bonzen nicht sind. Hier soll nicht die „Soziale Durchmischung“ hochgehalten werden, sondern viel mehr deutlich werden, mit was für einer heuchlerischen Art der Staat Versprechungen macht und diese nicht einhält. Der tatsächliche Nutzen für die Herrschenden zeichnet sich klar ab. Der imperialistische Staat hat kein Interesse daran, den Arbeitern aus ihrer teils miserablen Lage zu helfen. Um weiterhin billige Arbeitskräfte in den Städten zu behalten, sollen diejenigen, die sich sonst eigentlich nicht mal die Mieten in den Randbezirken leisten können, über Wasser gehalten werden, um diese Leute weiterhin ausbeuten zu können.

Laut einer Auswertung von *statistik-berlin-brandenburg* bezogen im Jahr 2021 in Vergleich zum Jahr 2020 drei Prozent weniger Haushalte Wohngeld. Ein Fakt, der widersprüchlich wirkt, wenn man sich die Gesetzesanpassung anschaut, die am 01.01.2021 in Kraft getreten ist. Denn durch diese Änderungen sind mehr Haushalte für Wohngeld berechtigt. Laut Schätzungen nimmt aber nur jeder dritte berechtigte Haushalt das Angebot wahr. Der Mieterverein in Berlin erklärt sich diese Zahlen unter anderem mit dem Grund, dass viele nicht einmal wissen, dass sie berechtigt wären. Als Sparmaßnahme ist es den Herrschenden wohl nicht so wichtig, die Leute aufzuklären. Zudem ist die größte Gruppe, die Wohngeld bezieht, bestehend aus Personen im Ruhestand. Und durch die Änderungen rutschen mehr von diesen Leute in die Grundsicherung. Hinzu kommt, dass es für einige Antragsteller nur zu kleinen Beträgen kommt, wodurch sich der Aufwand nicht lohnt. Zum Beispiel würde man bei einem Nettohaushaltseinkommen von 1.500€ und einer Miete von 700€ nur 24 Euro Zuschuss bekommen. Die sinkenden Zahlen können also in keinem Fall bedeuten, dass es den Leuten insgesamt besser geht und sie die Hilfe nicht beanspruchen müssen. Es scheint eher so, dass durch die Gesetzesanpassungen Zahlen manipuliert werden, um im besseren Licht dazustehen.

Doch wie nicht anders zu erwarten soll der Ausbeuterstaat nicht der einzige sein, der profitiert. Hier kommen wir noch einmal darauf zurück, dass Unternehmen ebenfalls entlastet werden sollen. Denn die Zahlung vom Staat geht an den Personen mit geringem Einkommen vorbei, direkt in die Taschen der Wohnungseigentümer und Immobilienkonzerne. Und genauso wird es sich mit der geplanten Heizkomponente verhalten. Also anstatt das Problem bei der Wurzel zu nehmen, wird von der Regierung eine Umverteilung der Steuergelder an die Energiekonzerne (die im letzten Jahr Rekordgewinne eingefahren haben) angepeilt. Ganz im Geiste der Gasumlage, die angeblich verhindern soll, dass die Konzerne durch die steigenden Preise kollabieren könnten und die Energieversorgung zusammenbrechen könnte.

Im Übrigen gab es von der Bundesregierung in einem vorherigen „Entlastungspaket“ schonmal einen lahmen Versuch, den Empfängern unter die Arme zu greifen. Abgesehen davon, dass diese Maßnahme dafür genutzt wurde, um sagen zu können „*Wir helfen den Leuten mit geringem Einkommen*“, obwohl es den Großteil der Mieter nicht erreicht hat (in Berlin beziehen insgesamt 1,2 Prozent der Haushalte Wohngeld, 21,3 Prozent der Haushalte haben jedoch ein kleineres Nettohaushaltseinkommen als 1.300€), waren die Zahlungen nicht hoch genug. Ein Einpersonenhaushalt hat einen Heizkostenzuschuss von 135€ erhalten. Laut Mieterverein wäre jedoch bei einem durchschnittlichen Verbrauch weitaus mehr Geld im Jahr nötig, um die Mehrkosten zu decken.

Es ist nicht zu bestreiten, dass die Leute, die nicht genug zum Leben haben, jedes Geld nehmen müssen, dass sie bekommen können. Aber wie gezeigt wurde, geht es den Herrschenden nicht darum, das „gute Leben“ für jeden möglich zu machen, sondern darum, ihre Macht und ihren Wohlstand auf unsere Kosten auszubauen. Von Erhaltungsmaßnahmen wie eben dem Wohngeld darf man sich nicht einlullen lassen, auch dieses Geld wiegt die Ausbeutung nicht aus. Wir als Arbeiterklasse müssen uns organisieren und auf die Straße gehen! Diesen Zustand können wir nicht weiter hinnehmen. •

## HAMBURGS MIETEN STEIGEN WEITER – WIE DIE INFLATION DEN MIETSPIEGEL IN DIE HÖHE TREIBT



*Wohnen in Hamburg: Miete geht hoch, und steigt dann nochmal zusätzlich*

**D**ie Stadt Hamburg ist eine der teuersten Städte Deutschlands und nur an wenigen anderen Orten des Landes ist Wohnen so kostspielig wie hier. Allein in den letzten 20 Jahren stiegen die Mieten in Hamburg um fast 40 Prozent. Der Trend geht unaufhaltsam aufwärts. Diese Situation gewinnt auch jetzt, in Zeiten von enormen Preissteigerungen und hoher Inflationsrate, weiter an Schärfe. Nicht nur, dass die Preise für Strom und Gas steigen und Wohnungskonzerne wie die städtische SAGA die Vorauszahlungen massiv erhöht haben. Hinzu kommen jetzt auch die sogenannten Indexmietverträge und deren Auswirkungen auf die Mietpreise.

Hamburg ist eine der Städte, in denen die sogenannten Indexmietverträge immer öfter von Vermietern abgeschlossen werden. Ein solcher Indexmietvertrag bedeutet, dass die Miete direkt an die Lebenshaltungskosten und die Inflation gekoppelt ist. Bedeutet also: Sind Inflationsrate und Lebenshaltungskosten niedrig, sind auch die Mieten „klein“. Sind Inflationsrate und

die Lebenshaltungskosten aber hoch, steigen auch die Mieten. Zweiteres ist jetzt der Fall. Besonders in den letzten Jahren sind Indexmietverträge bei Vermietern beliebt geworden. Bei Neubauwohnungen liegt der Anteil der Indexmietverträge mittlerweile bei knapp 50 Prozent. Dadurch, dass die Lebenshaltungskosten im vergangenen Monat um 7,5 Prozent gestiegen sind, steigen auch die Mieten bei diesen Verträgen um diesen Prozentsatz. In Hamburg sind davon laut offiziellen Zahlen über 45.000 Haushalte betroffen. Der Mieterverein Hamburg schätzt die Zahl allerdings auf 70.000 bis 90.000 und begründet die Differenz damit, dass Vermieter nicht verpflichtet sind, anzugeben, ob sie Indexmietverträge anbieten. Regulierungsmaßnahmen wie etwa ein Mietendeckel greifen nicht bei den Indexmietverträgen, was bedeutet, dass die Mieter den Teuerungen schutzlos ausgesetzt sind.

Nun ist es natürlich so, dass die großen Neubaugebiete Hamburgs, wie die Hafencity oder das Gebiet Mitte-Altona, alles andere sind als Arbeiterviertel, in denen

die Bewohner stark mit den Preissteigerungen zu kämpfen haben. Vielmehr sind es Viertel für Menschen mit dickem Geldbeutel, und die Bewohner können die Mieterhöhungen meist ohne größere Probleme stemmen. Doch durch die Hintertür sind auch wir Arbeiter von diesen Mieterhöhungen getroffen. Wenn die Mieten an einer Stelle steigen, wirkt sich das nämlich auf den gesamten Wohnungsmarkt aus. Auch der Mieterbund bestätigt, dass der Anstieg der Indexmieten Auswirkungen auf den Mietspiegel und somit auf normale Mietverträge hat.

Wie genau die Indexmieten die allgemeinen Mietpreise in die Höhe treiben ist kaum zu beziffern, was vor allem daran liegt, dass keine realistischen Zahlen veröffentlicht werden. Doch betrachtet man die Entwicklung des Wohnungsmarktes in den letzten 20 Jahren, wird in etwa deutlich wo die Reise hingeht.

In Zeiten von Preissteigerung und Inflation wirken die Indexmieten also als Preistreiber für den Mietspiegel. So können Wohnungskonzerne in diesen Zeiten noch höhere Gewinne einfahren. Alles auf Kosten der Arbeiterklasse und des Volkes. Und Hamburg bleibt dabei kein Einzelfall. Alle deutschen Städte, in denen der Wohnungsmarkt große Profite für Konzerne verspricht, sind betroffen. Ob München, Berlin, Frankfurt, Düsseldorf, Stuttgart oder Heidelberg. Überall sind die Indexmieten auf dem Vormarsch. Doch trotz aller Versprechen der Regierung, die Bevölkerung jetzt zu entlasten, steht ein Ende dieses Konzepts nicht auf der Tagesordnung. Die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Klara Geywitz von der SPD, sagte lediglich, dass die Indexmietverträge jetzt auf dem „Prüfstand“ seien. Was es da zu prüfen gilt, ist fraglich. Etwa, ob die Indexmieten genug Geld in die Taschen der Wohnungsmonopole spülen oder ob die Regierung mit anderen Abzockermaßnahmen nachhelfen muss, um uns noch mehr ausquetschen?! Eine Antwort, mit der man tatsächlich etwas anfangen könnte, bleibt Ministerin Geywitz schuldig. Und auch auf Hamburger Landesebene ist kein Ende der Indexmietverträge in Sicht.

Der Hamburger Senat will lediglich eine sogenannte Kappungsgrenze in Bezug auf die Indexmieten einführen. Diese bedeutet, dass die Nettomiete, also ohne Einbeziehung der Betriebskosten, in drei Jahren nicht mehr als 15 Prozent steigen darf. Der Trend, dass Mieten immer höher werden, wird von der Hamburger

Landesregierung also keineswegs eingedämmt, sondern bewusst zugelassen und befeuert. So kann unsere unmittelbare Forderung lauten, den Trend der immer weiter steigenden Mieten sofort zu stoppen und die Indexmietverträge sofort zu verbieten, und tatsächlich Entlastung für die Arbeiter und das Volk zu schaffen.

Der Schlüssel, um unsere Forderungen zu erkämpfen, ist uns zu vereinen und diesen Kampf gemeinsam zu führen. Wir alle haben mit den hohen Mieten zu kämpfen. Viele Arbeiter sind jetzt schon betroffen von enormen Mieterhöhungen, denn die Hamburger SAGA erhöhte bereits am 1. August die Vorauszahlung der Heizkosten um 50 Cent bis einem Euro pro Quadratmeter in weiten Teilen ihrer Mietwohnungen. Doch an dieser Stelle sollte keiner die Mieterhöhung einfach in Kauf nehmen. Wie uns Mieter der SAGA berichteten, sind diese Erhöhungen häufig nicht rechens. Auch für Vermieter gibt es Einschränkungen, die den Spielraum für eine Mieterhöhung begrenzen. D.h. dass man der Mieterhöhung widersprechen kann und die SAGA diese dann zurücknehmen muss. Ein Grund dafür kann sein, dass die SAGA in den letzten Monaten schon die Miete erhöht hat und damit die sogenannte Kappungsgrenze überschritten wurde. Wenn ihr in einer Wohnung der SAGA wohnt, solltet ihr prüfen, ob die Erhöhung rechtlich zulässig ist oder nicht und widerspricht dieser Erhöhung im Zweifel. Helft euch auch gegenseitig. Informiert eure Nachbarn, helft denjenigen, die kein Deutsch sprechen und Probleme mit der deutschen Bürokratie haben und nehmt die Abzocke der großen Wohnungskonzerne nicht einfach so hin! Das ist ein kleiner Schritt, um unsere Situation unmittelbar zu verbessern und uns mit all jenen zu vereinen, die in der gleichen Misere stecken. Doch klar muss dabei auch sein, dass wir in diesem System immer diejenigen sein werden, die von den Kapitalisten ausgebeutet und ausquetscht werden. Unsere Perspektive muss immer ein System sein, das die Arbeiterklasse selbst in der Hand. Ein System, das wir nur gemeinsam erkämpfen können. •

## BREMEN „IMPORTIERT“ MEXIKANISCHE PFLEGEKRÄFTE

Der Begriff „Pflegernotstand“ ist spätestens seit der Corona-Pandemie in aller Munde. Aber auch schon vor Frühling 2020 hatte jeder einen Eindruck davon, was dieser Begriff beschreibt, der einmal mehrere Stunden in der Notaufnahme wegen einer kleinen Verletzung verbringen musste, bei einem Krankenhausaufenthalt vergeblich eine der überarbeiteten und unterbesetzten Krankenpflegerinnen auf Station gesucht hat oder Angehörige in einem Altersheim unterbringen musste. „Pflegernotstand“ ist nichts anderes als ein kaputt gespartes Gesundheitssystem, in dem nicht mehr der Patient im Mittelpunkt steht, sondern entweder der Profit (für private Krankenhäuser) oder, alles so billig wie möglich zu halten, um die Staatskassen möglichst wenig zu belasten (für öffentliche Krankenhäuser). Beides wird vor allem erreicht durch ein maximales Auspressen der Beschäftigten im Gesundheitswesen durch niedrige Löhne, ständig erhöhte Mehrarbeit und darauf zielende Neustrukturierungen. Die Formel ist einfach: Möglichst wenig Personal muss möglichst viel Arbeit machen. Das hat dazu geführt, dass immer weniger Menschen in Deutschland diesen Beruf auf lange Zeit machen möchten, das führt dazu, dass es immer weniger Pflegekräfte gibt.

In Bremen wird zur Lösung des Problems inzwischen auf den „Import“ von Pflegekräften aus den unterdrückten Ländern gesetzt, zur Zeit vor allem aus Mexiko. Wie bekannt geworden ist, sind dafür bereits Ende 2020 leitende Angestellte der städtischen Krankenhausgesellschaft „Gesundheit Nord“ (GeNo) nach Mexiko geflogen, um dort Bewerbungsgespräche zu führen, also auszuwählen, wer das „Glück“ haben soll, künftig in Deutschland ausgebeutet zu werden. 2021 kamen die ersten mexikanischen Pflegekräfte in Bremen an und nahmen ihre Tätigkeit am Krankenhaus Bremen-Mitte auf. Auch in den anderen drei Standorten der GeNo, den Krankenhäusern Bremen-Nord, Bremen-Ost und Links der Weser wird mit dem Einsatz ausländischer Pflegekräfte geplant.

Um nach Deutschland einreisen zu dürfen, müssen die mexikanischen Krankenpflegerinnen noch in Mexiko, neben ihrem Beruf, einen Deutschkurs machen und mindestens eine Prüfung für das

das Sprachniveau B1 bestehen. Angekommen in Deutschland müssen sie allerdings noch eine B2-Prüfung ablegen, bevor ihr Berufsabschluss vollständig anerkannt wird, das heißt bevor sie als sogenannte Pflegefachkraft anerkannt werden. Allerdings dürfen bzw. müssen sie sofort anfangen, zu arbeiten. Für die Deutschprüfung lernen dürfen sie neben der Arbeit. Bis zur bestandenen Prüfung werden sie als ungelernte Pflegehelferinnen beschäftigt. Also werden sie bis zu ihrer bestandenen Sprachprüfung (die keinerlei Auswirkungen auf ihre medizinischen Kenntnisse hat) mit einem geringeren Lohn beschäftigt, als ihnen eigentlich ihrer Ausbildung entsprechend zusteht. Dazu muss angemerkt werden, dass in Mexiko – ähnlich wie in vielen anderen Ländern der Welt – die Ausbildung zur Pflegekraft in einem vierjährigen Studium mit einem anschließenden Praxisjahr gemacht wird. Die Qualifikation der Pflegekräfte ist folglich sehr hoch. Doch in Deutschland ist das anscheinend erst etwas wert, wenn auf einem Papier steht, dass man Deutsch spricht.

Im Juni sind inzwischen auch neun Pflegekräfte aus den Philippinen in Bremen angekommen und arbeiten an unterschiedlichen Krankenhäusern der GeNo. Noch in diesem Jahr sollen weitere aus dem Iran, Tunesien und Bosnien dazu kommen. Wie die GeNo selber angibt, plant sie damit, in den kommenden drei Jahren bis zu 150 Krankenpfleger aus dem Ausland zu holen. Ein großer Teil davon soll aus Mexiko kommen, aktuell sind es um die 15 Mexikanerinnen, die in den Krankenhäusern der GeNo tätig sind. Auch Pflegeschüler aus Indien sollen zukünftig nach Deutschland geholt werden.

Um an die mexikanischen Krankenpflegerinnen zu kommen, hatte sich die GeNo bei der „Agentur für Arbeit“ beworben, die für den deutschen Imperialismus den „Import“ der ausländischen Arbeitskräfte organisiert. Erst im Januar diesen Jahres veröffentlichte die „Agentur für Arbeit“ eine Broschüre mit dem Titel *„Pflegekräfte für Deutschland“*, in der sie ihre Dienste anpreist. Vor allem gibt es ein laufendes Programm, um Pflegekräfte aus Mexiko und Brasilien nach Deutschland zu holen. Die Agentur

schreibt: „Bisher haben wir 1.300 Pflegekräfte aus Mexiko und Brasilien auf ihrem Weg nach Deutschland begleitet.“ Der mexikanische Staat spielt bei diesem Ausverkauf der Krankenpflegerinnen mit, wie es die Bundesagentur schildert: „Im Dezember 2021 konnte die Bundesagentur für Arbeit mit der mexikanischen Arbeitsverwaltung eine Vermittlungsabsprache abschließen, sodass unsere Bewerber\*innen seither (und somit auch Arbeitgeber\*innen) von einem vereinfachten Einreiseprozess nach Deutschland profitieren können.“ Ihre Dienste bietet die Arbeitsagentur nach dem Motto „im Dutzend billiger“ an und schreibt: „Sie haben Interesse, mindestens 15 Pflegekräfte einzustellen [...] Suchen Sie weniger Personal, ist dies auch möglich, wenn sich in Ihrer Region weitere Arbeitgeber\*innen für die Projektteilnahme interessieren. Wir beraten Sie dazu gerne.“ Laut eigenen Angaben werden Anwerbungen (oder „Rekrutierungen“, wie es die Arbeitsagentur schreibt) in Mexiko zur Zeit in Mexiko-Stadt, Monterrey (im Bundesstaat Nuevo León), Puebla (im gleichnamigen Bundesstaat), Guadalajara (im Bundesstaat Jalisco), Tuxtla Gutiérrez (im Bundesstaat Chiapas) und Chihuahua (im gleichnamigen Bundesstaat) durchgeführt.

Braucht Mexiko die Pflegekräfte nicht? Diese Frage könnte man sich stellen, denn einerseits lässt Mexiko es zu, dass Länder wie Deutschland Pflegekräfte aus Mexiko weggeholt und zum anderen gibt sich Deutschland immer wieder als ein Land, das für die Menschenrechte einsteht und angeblich nur das Beste für die gesamte Weltbevölkerung will. Mexiko hat zwar eines der besseren Gesundheitssysteme der lateinamerikanischen Länder, was auch daran liegt, dass es sich für viele US-Bürger lohnt, sich in Mexiko behandeln zu lassen, weil die Kosten für viele Behandlungen dort nur einen Bruchteil der Kosten in den USA betragen. Doch obwohl die Gesundheitsversorgung in dem Land mit 129 Millionen Einwohnern laut Artikel 4 der Verfassung jedem mexikanischen Bürger zusteht, gibt es große Versorgungslücken. Vor allem in Gebieten, in denen indigene Völker leben, wie z.B. in den Bundesstaaten Oaxaca und Chiapas, ist die Gesundheitsversorgung für das Volk sehr schlecht. In der weltweiten Statistik hält Mexiko mit 153 pro 100.000 Einwohnern den traurigen Rekord für Tode durch behandelbare Ursachen, also Tode durch Krankheiten und Verletzungen, die durch rechtzeitige und effektive Gesundheitsversorgung verhindert werden könnten.

Auch ist der Tod von Frauen nach der Geburt – mehr als 34 Tote pro 100.000 Geburten – noch immer ein großes Problem für das mexikanische Volk. Zum Vergleich liegt der Wert in Deutschland bei 3,4 pro 100.000 Geburten, also gerade mal ein Zehntel. Diese Zahlen sind in allen Fällen von 2019 (Quelle: statista.com), also noch vor der Corona-Pandemie, die natürlich dazu beigetragen hat, dass eigentlich mehr Pflegepersonal statt weniger gebraucht wird. Die Krankenpflegerinnen könnten also sehr wohl gut in Mexiko gebraucht werden, doch stattdessen verkauft sie der alte mexikanische Staat lieber nach Deutschland.

Da das Gesundheitssystem in Deutschland grundsätzlich vom Staat finanziert und organisiert ist, sucht dieser ständig nach Möglichkeiten, die Ausbeutung der Arbeitskraft der Pflegekräfte zu erhöhen, ohne mehr Kosten zu verursachen und gleichzeitig ausreichend Pflegepersonal zu haben. Weniges gut ausgebildetes Personal ist heiß umkämpft unter denjenigen, die es beschäftigen wollen und müssen. Denn wie alles in diesem System eine Ware ist, ist es auch die Arbeitskraft der Arbeiter. Da Deutschland ein imperialistisches Land ist, sucht es nicht nur im eigenen Land nach billiger Arbeitskraft, sondern auf der ganzen Welt. Denn die handvoll imperialistischer Länder auf der Welt leben als Parasiten auf dem Rücken der großen Menge an unterdrückten Ländern. Die unterdrückten Länder werden durch die Imperialisten ausgebeutet und unterdrückt. Nicht nur Rohstoffe werden für den Reichtum und Wohlstand der imperialistischen Länder geraubt, sondern auch Arbeitskraft „exportiert“. So kommt es dazu, dass, während in Mexiko Teile des Volkes an behandelbaren Krankheiten sterben, weil sie keinen Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung haben oder Frauen nach der Geburt sterben müssen, gleichzeitig mexikanische Krankenschwestern in deutschen Krankenhäusern arbeiten. Einer von vielen Gründen, warum dieses parasitäre System nicht mit dem Leben der überwiegenden Mehrheit der Menschheit vereinbar ist. •

## DREI TOTE IN FÜNF TAGEN: DIE POLIZEI IN NRW

**A**nfang August überschlugen sich die Nachrichten über Polizeigewalt, vier Menschen ermordet die Polizei im gesamten Bundesgebiet in nicht mal einer Woche, drei davon in NRW. Am 3. August erschoss die Polizei bei einer Zwangsräumung in Köln Jozef Berditschewski. Am 7. August töteten Beamte einen 39-jährigen nach Pfefferspray-Einsatz und Fixierung in Oer-Erkenschwick bei Recklinghausen. Einen Tag später, am 8. August, starb der 16-jährige Mohammed durch vier Kugeln einer Maschinenpistole der Polizei. Und obwohl sich die Fälle voneinander unterscheiden, gibt es auch viele Gemeinsamkeiten zueinander und Parallelen zu vergangenen Polizeimorden in NRW.

Zwei der Getöteten, Jozef und Mohammed, haben sich in einer persönlichen Krise befunden wegen der schweren Situation, in der sie sich befanden: Jozef war Straßenmusiker in Köln. Nach seinem Tod wurde er in der bürgerlichen Presse als „gewaltbereiter, oft betrunken und randalierender Russe“ dargestellt. Mit der Wahrheit hat das recht wenig zu tun. Im Gegenteil war er unter den Straßenmusikern in Köln so bekannt, dass das WDR mit ihm eine Reportage aufnahm. Als Sohn einer bekannten russischen Geigerin erhielt er ab 12 Privatunterricht in Musik, gefolgt von einem Musik-Studium in Russland und sechs weiteren Jahren Studium in Köln. Auf die Frage, warum er damals nach Deutschland gekommen sei, sagte er im Interview: *„Weil damals, '93, war der Tschetschenienkrieg ausgebrochen und wir sollten als Studenten alle zum Militär. Das wollte ich unbedingt vermeiden.“*

Klar hatte Jozef Probleme. Er war den Behörden als suizidgefährdet bekannt. Das Auftrittsverbot für alle Straßenmusiker in Köln während Corona und aktuell die Hetze gegen alles Russische haben es ihm unmöglich gemacht, einen Lebensunterhalt als russischer Straßenmusiker zu bestreiten. Wie verzweifelt er war, zeigt z.B. die Anklage vom Juni 2022 gegen ihn, wo er Beamte getreten habe, die gerufen worden seien, nach dem er seinen Suizid angekündigt hatte. Aber anstelle ihm Hilfe zukommen zu lassen, sollte Jozef dann am 3. August zwangsräumt werden, und natürlich war die Polizei vor Ort, um die Sache durchzusetzen. Als Jozef sich weigerte, seine Wohnung zu verlassen und sich angeblich

wehrte, wurde er erst mit Pfefferspray angegriffen und danach erschossen.

Genau wie Jozef hatte auch der 16-jährige Senegalese Mohammed traumatische Erfahrungen. Er sah seinen Stiefbruder auf der Flucht ertrinken, war erst seit April in der BRD und sprach kaum Deutsch und wurde von einer Unterkunft zur nächsten geschickt. Allerdings war er froh in Dortmund zu sein, weil er Fußball gerne mochte und Fan von Borussia Dortmund war.

Nachdem Mohammed am Vortag aus der psychiatrischen Klinik entlassen wurde, rief am 8. August einer der Betreuer seiner Jugendeinrichtung die Polizei, weil er Mohammed mit einem Messer sah und von Suizidabsichten ausging. Bei dem Telefonat wurde die Polizei über den Gesundheitszustand von Mohammed informiert und darüber, dass dieser weder deutsch noch englisch spreche. Dies hielt die Polizei nicht davon ab, mit einem Großaufgebot anzurücken und Beamte in Zivil zu schicken, die weder Französisch noch Wolof sprachen. Diese versuchten, angeblich Mohammed beruhigen. *„Als das nicht wirkte“*, so beschönigt es Innenminister Herbert Reul, *„hat man versucht, ihn mit Reizgas abzulenken“* und zusätzlich zwei Mal mit einem Taser auf ihn geschossen. Weil er sich daraufhin gefährlich auf die Beamten zubewegte, wurde er dann mit vier Kugeln aus einer Maschinenpistole in Kopf, Brust und Bauch getroffen.

Wie so häufig wurde unmittelbar nach seinem Tod berichtet, dass er die Beamten angegriffen habe und diese aus Notwehr nicht anders hätten reagieren können, und die Politik, allen voran der Innenminister, stellten sich hinter die Beamten. Inzwischen laufen Untersuchungen gegen mindestens fünf Beamte, u.a. wegen des Vorwurfs des Totschlags, gefährlicher Körperverletzung im Amt und Anstiftung zu gefährlicher Körperverletzung. Alle angeklagten Polizisten schweigen zu den Vorwürfen gegen sie und Aufnahmen von Bodycams gebe es keine, weil diese von keinem der zwölf Beamten, die an der Aktion teilnahmen, eingeschaltet worden seien, da man dies zum Schutz der Persönlichkeitsrechte nicht getan habe.

Doch selbst wenn es Aufnahmen des Einsatzes gegeben hätte, wäre es fraglich, ob diese ihren Weg



*Demonstration in Dortmund nach der Ermordung von Mohammed*

als Beweismittel gefunden hätten. Bei dem Zugriff von den Beamten in Oer-Erkenschwick, einen Tag bevor Mohammed erschossen wurde und bei dem ein 39-Jähriger bei der Festnahme bewusstlos wurde und später verstarb, sichteten und löschten an der Tat beteiligte Beamte im Anschluss Videos von Passanten, die mit ihren Handys die Tat filmten. Auch in diesem Fall sieht die Polizei das Problem nicht bei sich, sondern behauptet, Drogenkonsum habe zur Todesursache beigetragen, nicht der Einsatz von Pfefferspray und die Fixierung durch die Polizei.

Das gesamte Vorgehen der Polizei folgt einer traurigen und zynischen Choreographie, die man in NRW inzwischen nur all zu gut kennt: Anstelle von Seelsorgern, Betreuern und realer Unterstützung, wird die Polizei gegen jene eingesetzt, die dieses System an den Rand des Abgrunds treibt. Handelt es sich dabei um Migranten in „Problemvierteln“ wie der Dortmunder Nordstadt oder Köln-Ostheim, ist der Einsatz jedes Mittels recht. Im Anschluss wird in den Nachrichten behauptet, der oder die Tote habe die Beamten angegriffen, sei sowieso gewalttätig oder habe Drogen konsumiert gehabt und es habe keine andere Möglichkeit bestanden als tödliche Gewalt einzusetzen. Die Beamten werden von jeder Schuld freigesprochen und ihnen der Rücken gestärkt. Wenn dann nach und nach durch den Kampf für Gerechtigkeit von Angehörigen, Nachbarn oder Initiativen mehr und mehr Fakten ans Licht kommen, finden einige oberflächliche Untersuchungen statt, werden Ermittlungen gegen Beamten eingeleitet, von „voll-

ständiger Aufklärung“ gesprochen – aber nachdem die Sache unter den Teppich gekehrt ist, werden schlussendlich alle Beamten freigesprochen bzw. alle Ermittlungen eingestellt.

Dass auch in diesen Fällen die Sache nicht anders sein wird, zeigt schon die Ausgangssituation der Ermittlungsverfahren: Denn wer ist verantwortlich für die Aufklärung der Ursachen und Begleitumstände des Todes in Oer-Erkenschwick / Gelsenkirchen? Das Polizeipräsidium Dortmund. Also jenes Präsidium, zu dem die Mörder von Mohammed gehören. Und wer ermittelt Gegenzug gegen jene, die Mohammed erschossen haben? Dies tun dann wiederum die Beamten von der Dienststelle in Gelsenkirchen. Noch mehr als sonst zeigt sich in einer solchen Situation die Farce von allem Gerede von „unabhängiger Untersuchung“ und „vollständiger Aufklärung“.

Bundesweit treibt die Polizei ihre Aufrüstung voran, bekommt mehr technischen Schnickschnack, neue Waffen und Befugnisse. Und das, obwohl die Zahl registrierter Straftaten seit 30 Jahren mehr oder weniger kontinuierlich sinkt. Dafür kommt sie in großer Stärke in unsere Viertel, tyrannisiert uns und benutzt jeden möglichen Vorwand, um ihre Gewaltexzesse zu rechtfertigen. Von der Politik und ihren Kollegen erhalten sie dafür Rückendeckungen und Verurteilungen sind eine absolute Ausnahme. Für Gerechtigkeit für all die von der Polizei Ermordeten können und müssen wir in diesem System selbst sorgen. •

## EXTREM GESTIEGENE GASPREISE

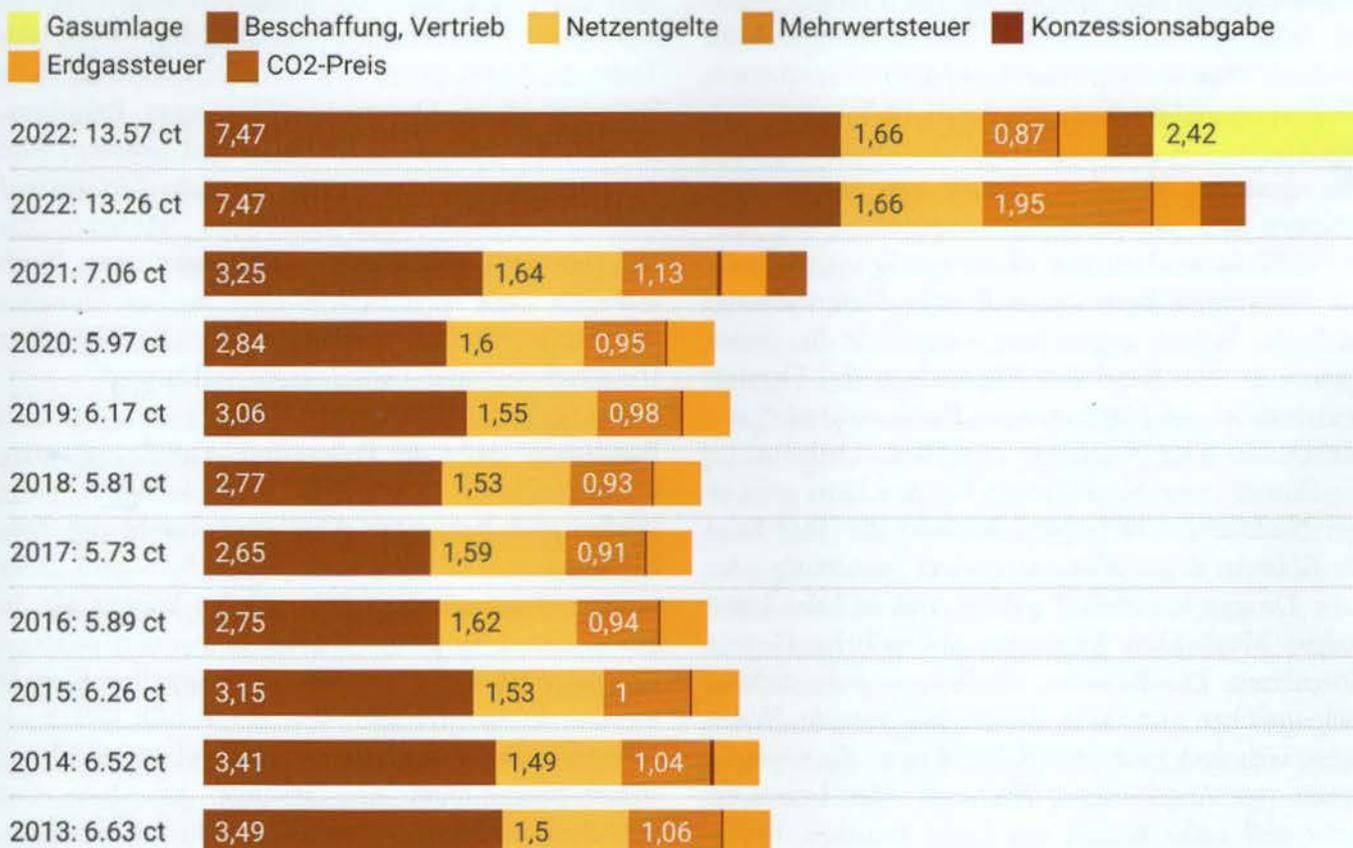
Unsere Gaspreise schnellen in die Höhe, Russland liefert nicht mehr, doch die Bundesregierung beschwichtigt, indem sie auf gut gefüllte Gasspeicher verweist; besser als vorheriges Jahr! Im Großen und Ganzen betrachtet gibt es aber überhaupt keine erfreulichen Neuigkeiten, und diese Heizsaison wird für viele von uns sehr unangenehm und teuer.

Es ist nämlich zu beachten, dass die Gasspeicher nur ein Puffer sind, welcher nur bei gleich großen Importen über die Heizsaison ausreicht. Über Nord Stream 1 flossen, als sie noch in Betrieb war, über 1,7 Terawattstunden pro Tag, mehr als die norwegische und beide belgischen Pipelines zusammen auf Höchstkapazität liefern können. National gesehen gibt es nun einige Möglichkeiten, um mit diesem geschwundenen Import umzugehen. Erstens Sonderanschaffungen, zweitens Gas sparen.

Der durchschnittliche Gaspreis hat sich ungefähr verdoppelt im Vergleich zum Vorjahr und es ist nicht zu erwarten, dass es hierbei bleiben wird. Dabei ist es notwendig, zu sagen, dass auch bereits 2021 die Preise schon gestiegen sind, während sie die Jahre vorher mehr oder weniger stagniert sind. Der größte Unterschied ist hier bei den Neukunden zu finden: ganze 580 Prozent teurer ist das Gas im Vergleich zu 2021! Die dritte und letzte Möglichkeit, kurzfristig Gas zu sparen, wäre bei der Stromerzeugung – aber lediglich 12,5 Prozent des Gesamtverbrauchs werden für die Stromerzeugung gebraucht, und auch diese kann man auch nicht ganz ersetzen, vor allem nicht mit Kohlekraft, da für ein stabiles Stromnetz auch Kraftwerke gebraucht werden, die sehr schnell reagieren können, wie Gas oder Pumpspeicherkraftwerke. Kohlekraft ist sehr langsam, was das angeht.

### Entwicklung der Gaspreise in Deutschland

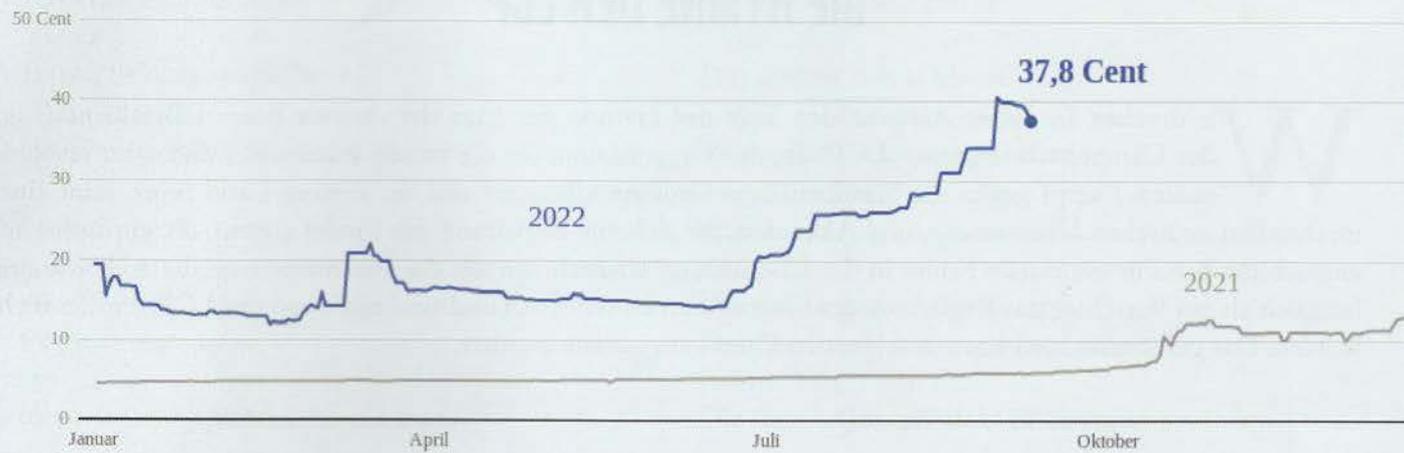
Durchschnittlicher Erdgaspreis für Haushalte im EFH mit Jahresverbrauch 20.000 kWh



Entwicklung der Gaspreise (Preis pro Kilowattstunde): Die Grafik zeigt auch die Auswirkung der Gasumlage, und dass die Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas das keineswegs kompensiert

## So viel kostet derzeit 1 kWh Gas für Neukunden

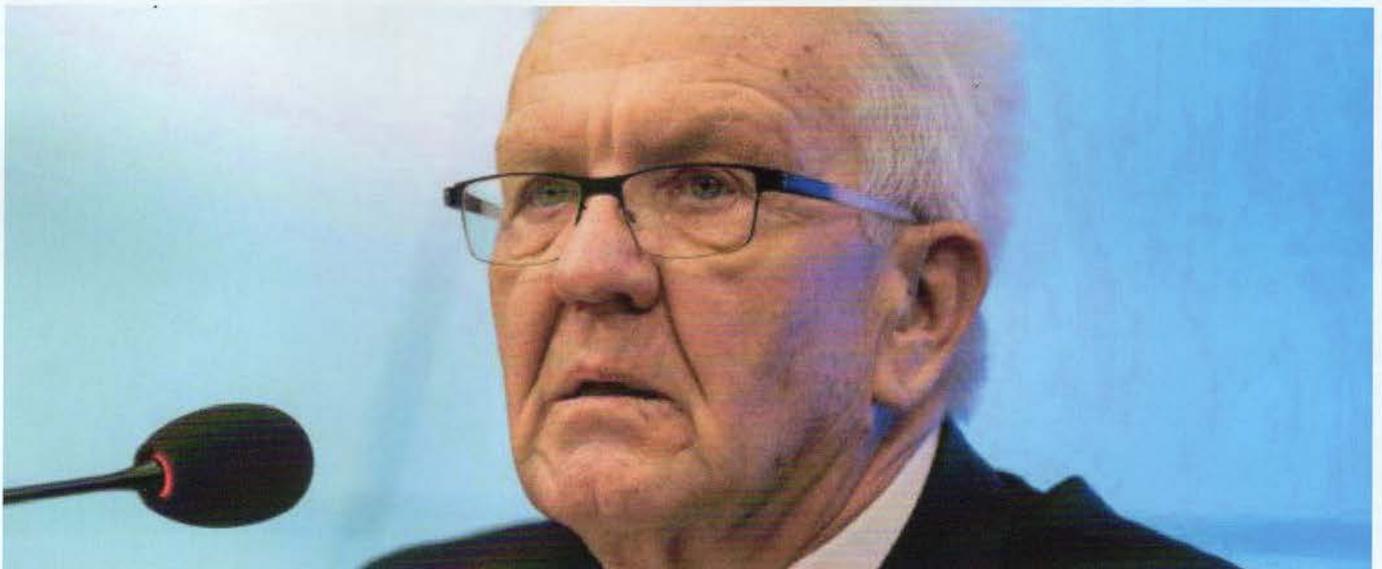
Änderung im Vergleich zur Vorwoche: +6,8%\*



Datenstand: 10.09.2022. Werte an Sonntagen sind extrapoliert, da sonntags kein Daten-Update erfolgt. Die Angaben stammen aus einer Erhebung des Vergleichsportals Verivox und beziehen sich auf Neukunden. Kunden bestehenden Verträgen zahlen oft weniger.

Hier in Baden Württemberg gibt es nur einen einzigen winzigen Gasspeicher, außerdem sind wir weit entfernt von wo Lieferungen kommen. Sollten die unmöglichen Preise doch nicht ausreichen, um über die ganze Bundesrepublik zu sparen und es zwischen den einzelnen Bundesländern zu Konkurrenz kommen, wird es uns hier am stärksten treffen. So hat zum Beispiel der Landkreis Ludwigsburg schon im Juli angekündigt, Wärmehallen vorzubereiten und zu proben für die Einwohner, die sich entweder ihre Heizung oder gar ihre Wohnung nicht mehr leisten können! Auch zwei andere Landkreise hatten sich dem angeschlossen, doch mittlerweile wurden die Meldungen aus den diversen Nachrichtenportalen entfernt, wohl um keine Panik auszulösen. Die

gerechtfertigte Wut gegen die Regierung wird es geben und es wird große Proteste dagegen geben, dass sie das Wohl der Menschen als Spielball nutzen, um internationale Konflikte zu bestreiten. Bereits seit einiger Zeit bereitet sich unser Gangster Scholz und der Rest seiner Regierung darauf vor, diese zu überstehen, und hat angefangen, diese Proteste, ehe es sie überhaupt gibt, zu delegitimieren, indem jetzt schon gesagt wird, dass es ja verständlich sei, dass Menschen mit der Situation nicht zufrieden seien, doch die Proteste würden von Extremisten und Ideologen vereinnahmt werden. Wovor sie Angst haben, ist vor uns! Dass wir gemeinsam und organisiert unsere Forderungen stellen! Das ist das, was gemacht werden muss. •



Fordert „Patriotismus“ für Deutschland für den „Zusammenhalt“ in der Krise und gegen „soziale Unruhen“; der grüne Ministerpräsident Kretschmann

„DER KAMPF WIRD SCHWIERIG SEIN, MAG ES LANGE DAUERN, WIR WERDEN TRIUMPHIEREN!“

## DIE HYMNE DER LCP

**W**ir drucken in dieser Ausgabe den Text der Hymne der Liga der Armen Bauern Brasiliens (Liga dos Camponeses Pobres - LCP) ab, der Organisation, die die armen Bauern Brasiliens im revolutionären Kampf gegen die brasilianischen Großgrundbesitzer und für eigenes Land führt, samt einer inoffiziellen deutschen Übersetzung, und Akkorden, die sich zur Begleitung des Liedes eignen, die ein Leser uns zugeschickt hat. Für eventuelle Fehler in der Übersetzung übernehmen wir die Verantwortung; die Akkorde sind lediglich als ein Vorschlag zur Begleitung des Gesungenen zu verstehen und sind nicht von der LCP veröffentlicht worden. Das gesungene Lied kann in folgenden Videos angeschaut werden:

[youtu.be/VDd5W99qwhQ](https://youtu.be/VDd5W99qwhQ)

[youtu.be/enAx2daOF\\_Q](https://youtu.be/enAx2daOF_Q)



1. *Am E*  
 Agora nos vamos pra luta  
*Am E*  
 A Terra que e nossa ocupar  
*Am F Am*  
 A Terra e de quem trabalha  
*F E Am*  
 A historia nao falha, nos vamos ganhar

[Chorus:]

*Am F Am*  
 Ja Chega de tanto sofrer  
*Am F Am*  
 Ja chega de tanto esperar  
*Dm Am*  
 |: A luta vai ser tao dificil  
*E Am*  
 Por mais que demore vamos triunfar :|

2. *Am E*  
 Quem gosta de nos somos nos  
*Am E*  
 E aquele que vem nos ajudar  
*Am F Am*  
 Por isto confia em quem luta  
*F E A*  
 a historia nao falha nos vamos ganhar

Chorus

3. *Am E*  
 Se a gente morrer nessa luta  
*Am E*  
 O sangue sera uma semente  
*Am F Am*  
 Justica vamos conquistar  
*F E A*  
 A historia nao falha nos vamos ganhar

Chorus

4. *Am E*  
 Ja somos uns trinta milhoes  
*Am E*  
 O povo sem terra e sem pao  
*Am F Am*  
 O jeito e lutar por nosso chao  
*F E A*  
 A historia nao falha nos vamos ganhar

Chorus

5. *Am E*  
 A luta vai ser prolongada  
*Am E*  
 O campo a cidade cercar  
*Am F Am*  
 Preparemos nossas fileiras  
*F E -----*  
 Para a gloriosa **guerra popular!**

1. Wir gehen jetzt in den Kampf  
 Das Land zu besetzen, das uns gehört  
 Jedem Pflüger sein Feld  
 Die Geschichte irrt nicht, wir werden gewinnen!

[Refrain:]

*Genug des ganzen Leidens  
 Genug des ganzen Wartens  
 |: Der Kampf wird schwierig sein,  
 mag es lange dauern, wir werden triumphieren! :|*

2. Diejenigen, die wir mögen, sind die unsrigen  
 und die, die mit uns kämpfen.  
 Deswegen vertraut man in die, die kämpfen  
 Die Geschichte irrt nicht, wir werden gewinnen!

Refrain

3. Wenn Leute in unserem Kampf sterben,  
 wird ihr Blut ein Samen sein  
 Wir werden Gerechtigkeit erobern  
 Die Geschichte irrt nicht, wir werden gewinnen!

Refrain

4. Wir sind schon 30 Millionen  
 Das Volk ohne Land und ohne Brot  
 es ist richtig, um unser Land zu kämpfen  
 Die Geschichte irrt nicht, wir werden gewinnen!

Refrain

5. Der Kampf wird langandauernd sein,  
 die Stadt vom Land einzukreisen  
 Lasst uns unsere Reihen vorbereiten  
 für den ruhmreichen **Volkskrieg!** •

[WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG](http://WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG)

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

## TERMINE IM OKTOBER

### BREMEN

Café Rebellion  
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)  
Jeden Mittwoch  
ab 17 Uhr

**3. OKTOBER:**  
**KUNDGEBUNG GEGEN KRIEGSTREIBEREI  
UND MILITARISIERUNG**  
**15 UHR | U FELDSTRASSE | HAMBURG**

**13. OKTOBER:**  
**KUNDGEBUNG GEGEN  
PREISSTEIGERUNGEN UND INFLATION**  
**17.30 UHR | U MÜMMELMANNENBERG | HAMBURG**

## LOKALE KONTAKTE

### BADEN-WÜRTTEMBERG

Internationalistisches Kollektiv Freiburg |  
[interkollektivfr@protonmail.com](mailto:interkollektivfr@protonmail.com)

### BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |  
[inter\\_kollektiv@gmx.de](mailto:inter_kollektiv@gmx.de)

### BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | [rfk.bremen@gmx.de](mailto:rfk.bremen@gmx.de)  
Rotes Kollektiv Bremen | [rotes-kollektiv-bremen@riseup.net](mailto:rotes-kollektiv-bremen@riseup.net)

### HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | [rotes\\_kollektiv@gmx.de](mailto:rotes_kollektiv@gmx.de)  
Rotes Frauenkomitee Hamburg |  
[rotes\\_frauenkomitee\\_hamburg@gmx.de](mailto:rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de)

### NRW

Rebellion Ruhr | [rebellionruhr@web.de](mailto:rebellionruhr@web.de)

### DAS TITELBILD

Demonstranten in Haiti zerstören das Plakat des getöteten ehemaligen Präsidenten Jovenel Moïse, der das Land an die USA ausverkauft und die katastrophale Lage des Volkes mitverschuldet hat. Auch nach ihm sind weiter Lakaien der Imperialisten an der Macht, und das erneute Aufkochen der Proteste im August wurde von der Reaktion mit brutaler Gewalt beantwortet.

Quelle: RiffReporter

**ROTE  
POST** 